

B

Ausgabe Februar 2016

BERICHT AUS DEM LANDTAG

ROT-GRÜN VERSTÖßT GEGEN DEMOKRATISCHE SPIELREGELN

Aktuell
ASYLDEBATTE ORDNET

Klartext
DAFÜR ODER DAGEGEN

Aktuell
POLIZEI AM LIMIT

Aus dem Parlament
**SCHULSOZIALARBEITER DRINGEND
GESUCHT**

Aktuell
**WENN DER SCHULBUS NICHT MEHR
KOMMT**

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen
und Herren,

die Koalitionspartner im Bund, CDU/CSU und SPD, haben sich inzwischen auf weitere Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise geeinigt. Die Beschlüsse des Bundestages zum sogenannten Asylpaket II bedürfen allerdings in Teilen der Unterstützung der Länder im Bundesrat. Niedersachsens Ministerpräsident weigert sich jedoch, in der Öffentlichkeit zu seinem Abstimmungsverhalten Stellung zu nehmen.

Schon beim ersten Asylpaket hatte Niedersachsen eine Blockadehaltung eingenommen. Die Grünen zwangen Weil damals gegen seinen Willen zur Enthaltung. Dabei stimmten andere Grüne, allen voran der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann, dem Maßnahmenpaket vorbehaltlos zu.

Eine solche Blamage Niedersachsens dürfe sich nicht wiederholen, tönnte damals der niedersächsische Regierungschef. Jetzt steht ihm diese Blamage erneut bevor. Die rot-grüne Landesregierung ist in den entscheidenden Fragen handlungsunfähig. Damit fügt sie dem Land Schaden zu.



Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

THEMA DES MONATS

Rot-Grün verstößt gegen demokratische Spielregeln

Staatsgerichtshof bescheinigt der Landesregierung Verfassungsbruch wegen verschleppter Antworten auf CDU-Anfragen

Deutlicher hätte das Urteil des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs in Bückeburg kaum ausfallen können: Die rot-grüne Landesregierung hat die Beantwortung von drei CDU-Anfragen ohne plausible Begründung massiv verzögert und damit die Verfassung gebrochen – zum wiederholten Mal. Dem Urteil vorausgegangen waren drei Klagen der CDU-Abgeordneten Mechthild Ross-Luttmann, Angelika Jahns, Ansgar Focke und Bernd-Carsten Hiebing. „Nach den Fällen Paschedag und Edathy ist die Regierung Weil binnen drei Jahren zum fünften Mal des Verstoßes gegen die Verfassung überführt worden. Das ist ein in der niedersächsischen Geschichte einmaliger Vorgang. Rot-Grün hat eindeutig ein Problem mit der Einhaltung der demokratischen Spielregeln“, sagt der CDU-Prozessbevollmächtigte und Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Jens Nacke.



Jens Nacke, MdL – Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion

Oppositionsarbeit wird massiv behindert

Es sei offensichtlich, so Nacke weiter, dass es der Landesregierung bei der Verzögerung der Antworten ausschließlich darum gegangen sei, der Öffentlichkeit politisch unangenehme Informationen vorzuenthalten. Es ist nämlich leider nicht das erste Mal, dass eine Antwort der Landesregierung verdächtig lange auf sich warten lässt.

Das Innenministerium beispielsweise hat in der laufenden Legislaturperiode 46 Prozent aller Anfragen – also knapp die Hälfte – erst nach Fristverlängerung beantwortet. Beim Kultusministerium waren es sogar 66 Prozent. Nacke: „Das Antwortverhalten der Regierung Weil behindert die Oppositionsarbeit massiv. Durch das lange Verschleppen werden die Antworten für die politische Arbeit oft wertlos.“

Die angebliche Anfragenflut, die Rot-Grün gerne als Rechtfertigung für das verzögerte Antwortverhalten anführt, will Nacke als Ausrede nicht gelten lassen. „Zahlreiche Beispiele aus anderen Bundesländern zeigen, dass eine Landesregierung bei entspre-

chend guter Organisation weit mehr Anfragen in einem deutlich kürzeren Zeitraum bewältigen kann“, betont der Parlamentarische Geschäftsführer. Zum Vergleich: Während die Regierung Weil schon bei gerade einmal 640 Anfragen pro Jahr über Überlastung klagt, beantworten die Landesregierungen in Sachsen und Hamburg jährlich bis zu 2800 Anfragen – und die alle fristgerecht.

Landesregierung lässt kein Unrechtsbewusstsein erkennen

Trotz der eindringlichen Ermahnung aus Bückeburg: Ihren undemokratischen Umgang mit den Informationsrechten der Abgeordneten und damit auch mit denen der Öffentlichkeit wollen SPD und Grüne ganz offensichtlich nicht ändern. Auch weiterhin werden zahlreiche schriftliche Anfragen nicht fristgerecht beantwortet. Der Hinweis von Kultusministerin Heiligenstadt im Rahmen der Dringlichen Anfrage des Februar-Plenums, man werde künftig weniger sorgfältig recherchieren, um die zeitlichen Vorgaben zur Beantwortung einzuhalten, spricht Nacke zufolge Bände: „Einsicht sieht anders aus. Rot-Grün sucht lediglich nach anderen Wegen für ihre Tricksereien.“

Nur wenige Tage nach dem Richterspruch des Staatsgerichtshofs wiederholte sich zudem das altbewährte Spiel: erst die Presse, dann



Herbe Niederlage vor Gericht: Der Niedersächsische Staatsgerichtshof in Bückeburg hat der rot-grünen Landesregierung Verfassungsbruch bescheinigt – bereits zum wiederholten Mal.

Foto: dpa

das Parlament. Bereits im Dezember vergangenen Jahres hatte die CDU-Fraktion nach der Unterrichtsversorgung in Niedersachsen gefragt. Die Antwort kam – einen Tag nachdem Kultusministerin Heiligenstadt die Zahlen im Rahmen einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt hatte.

Vorzugsbehandlung für Parteifreunde und verfassungswidrige Beschlüsse

Doch nicht nur im Hinblick auf die Beantwortung von Anfragen tut sich die Landesregierung mit der Einhaltung von Recht und Gesetz schwer. Auch bei der Beurteilung vermeintlicher Vergehen von Landesbediensteten wird regelmäßig mit zweierlei Maß gemessen – je nachdem, welcher politischen Couleur man die Betroffenen zurechnet. In den so genannten Dienstwagenaffären wurden zum Beispiel gegen den Leiter der Niedersächsischen Landesschulbehörde und den ehemaligen Wilhelmshavener Polizeichef – beide gelten als CDU-nah – schweres Geschütz aufgeföhren. Oldenburgs Polizeipräsident Johann Kühme, gegen den ähnliche Vorwürfe erhoben wurden, hatte hingegen als SPD-Mitglied nichts zu befürchten. Das Verfahren gegen ihn wurde ohne Auflagen eingestellt, obgleich die Staatsanwaltschaft zwei Rechtsverstöße festgestellt hatte.

Der Staatsgerichtshof in Bückeburg ist übrigens nicht das einzige niedersächsische Gericht, das der rot-grünen Landesregierung in letzter Zeit einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht hat. Im Juni vergangenen Jahres urteilte das Obergericht Lüneburg, dass die von Kultusministerin Heiligenstadt verfügte Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrer verfassungswidrig ist. Das Vertrauen der ihr unterstellten Beamten hat die Ministerin damit endgültig verloren. Dem Urteil waren monatelange heftige Proteste von Lehrern, Eltern und Schülern gegen die Arbeitszeiterhöhung vorangegangen.

Keine Einsicht, kein Unrechtsbewusstsein

Die Liste der rot-grünen Verfehlungen in der aktuellen Legislaturperiode wächst und wächst. Was dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Fraktion aber vor allem Sorge bereitet, ist die mangelnde Einsicht, die die Regierung Weil trotz zahlreicher Gerichtsurteile und öffentlicher Skandale an den Tag legt. Nacke: „Diese Landesregierung lässt keinerlei Unrechtsbewusstsein erkennen – das ist höchst bedenklich.“

AKTUELL

ASYLDEBATTE ORDNET

CDU-Landtagsfraktion legt 5-Punkte-Plan zur Entschärfung der Migrationskrise vor

Noch nie waren weltweit so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Allein nach Niedersachsen kamen im vergangenen Jahr mehr als 100.000 Flüchtlinge. Kann Deutschland diese Herausforderung meistern und wenn ja, wie? Der Vorsitzende der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion, Björn Thümler, ist sicher: Die Bundesrepublik kann es schaffen – unter bestimmten Voraussetzungen.

„Die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft aber auch die Leistungsfähigkeit von Behörden und Sozialstaat sind nicht unbegrenzt“, so Thümler. „Wenn wir die Akzeptanz für die Aufnahme wirklich Schutzbedürftiger in der Bevölkerung erhalten wollen, müssen wir den Zustrom, vor allem von Wirtschaftsflüchtlingen, nachhaltig begrenzen.“

Um die aktuelle, hitzige Debatte über die Flüchtlingskrise zu ordnen, hat die CDU-Fraktion einen „5-Punkte-Plan zur Entschärfung der Migrationskrise“ vorgelegt. Thümler: „Wir wollen einen konstruktiven Beitrag leisten und den Kurs der Kanzlerin sinnvoll ergänzen.“

Nationale Spielräume besser nutzen

Kern des Papiers, das auch dem Bundeskanzleramt vorliegt, ist ein Ausgleich zwischen dem Engagement für eine europäische Lösung der Flüchtlingskrise und der besseren Nutzung nationaler Spielräume. „So notwendig die Bemühungen auf internationaler Ebene sind, so unverzichtbar sind weitere nationale Maßnahmen“, betont Thümler. Es sei nicht hinnehmbar, dass die Bemühungen der Bundeskanzlerin von SPD und Grünen auf Bundes- und Länderebene zum Teil massiv behindert würden – zum Beispiel durch die verzögerte Einstufung der Westbalkan-Staaten als sichere Herkunftsländer.

Heftige Kritik übt Thümler in diesem Zusammenhang an der rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen: „Das Verhalten von Ministerpräsident Weil ist unehrlich: Er fordert lauthals die Begrenzung des Zuzugs, konkrete Maßnahmen lehnt er aber ab.“ Niedersachsen verweigere nach wie vor die konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber.

Um die Umsetzung der vom Bund beschlossenen Maßnahmen auf Länderebene zu gewährleisten, fordert die CDU-Fraktion in ihrem 5-Punkte-Plan notfalls die Einleitung von Zwangsmaßnahmen. „Sollten rot-grün regierte Länder wie zum Beispiel Niedersachsen ihren Pflichten weiterhin nicht nachkommen, muss der Bund reagieren können“, fordert Thümler. Der im Grundgesetz verankerte Bundeszwang biete dafür ein geordnetes Verfahren.

Familiennachzug begrenzen, Liste sicherer Herkunftsstaaten ausweiten

Um Fehlanreize für die Flucht nach Deutschland zu reduzieren fordert der 5-Punkte-Plan, den Familiennachzug zu beschränken – für Schutzberechtigte, die nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention fallen, soll er bis auf weiteres ausgesetzt werden. In diesem



Björn Thümler, MdL – Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion



Mit ihrem 5-Punkte-Plan will die CDU-Fraktion einen konstruktiven Beitrag leisten, der helfen soll die hitzige Debatte über die Flüchtlingskrise zu ordnen.

Foto: dpa

Zusammenhang muss laut Thümler auch die individuelle Überprüfung des Schutzstatus nachgeholt werden, sollte dies bislang nicht geschehen sein. „Wer nicht individuell verfolgt war, muss nachträglich auf den Status des subsidiären Schutzes umgestellt werden“, sagt der CDU-Fraktionschef. Das erhöhe auch die Wahrscheinlichkeit, dass Flüchtlinge nach Ende des Krieges in ihre Heimat zurückkehren. Beim subsidiären Schutzstatus wird eine unbefristete Niederlassungserlaubnis erst nach fünf Jahren erteilt.

Weitere Kernforderungen des Papiers sind die Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten – etwa um Pakistan, Bangladesch, Mali, Nigeria und Georgien – sowie die Einrichtung von weiteren Schutzzonen in den Kriegs- und Krisengebieten Afghanistans, Iraks und Syriens mit militärischer Unterstützung Deutschlands. Thümler: „Wir können in Deutschland nicht die sozialen Probleme Bangladeschs oder Pakistans lösen. Auch in Länder, in die wir unsere Bundeswehrsoldaten zur Stabilisierung entsenden, müssen wir abgelehnte Asylbewerber schnell wieder zurückschicken können.“

Den „5-Punkte-Plan zur Entschärfung der Migrationskrise“ finden Sie unter folgendem Link: <http://kurzelinks.de/5-Punkte-Plan>

KLARTEXT:

DAFÜR ODER DAGEGEN

von Editha Lorberg

Die Kluft zwischen Hysterie und Begeisterung scheint in der Asyldebatte ungeahnte Dimensionen zu erreichen. Kein Wunder: Jeder noch so willige Laie droht im Gesetzesdickicht aus Asylantragsbearbeitungsdauer, subsidiärem Schutz, Integrationsangebotskatalogen, Abschiebeerlassen oder Familiennachzugsregelungen schnell den Überblick zu verlieren. Übrig bleiben die Irrlichter aus „Dunkeldeutschland“ und von der Domplatte mit ihren eigenen undemokratischen Regeln, aber auch die Stofftier-Schenker mit „refugees-welcome“-Plakat. Schwarz oder weiß, dafür oder dagegen – so begrenzt erscheinen die Optionen.

Dabei bedarf es gar nicht der zahllosen Journalisten-Kommentare und der markigen Politiker-Forderungen, um im Wochenrhythmus die Deutungshoheit über die Flüchtlingskrise neu zu justieren. Es genügt der Blick ein Stockwerk tiefer, in die Lebensrealität der Bürger. Dort finden sich längst die wesentlichen Zutaten der deutschen Asylmisere. Etwa in Göttingen, wo der Fall zweier abgetauchter Roma-Familien die Gemüter erhitzt: Ende der neunziger Jahre nach Deutschland gekommen, wurden ihre Aufenthaltserlaubnisse immer wieder abgelehnt, die Familien waren geduldet. Über mangelnde Möglichkeiten sich Arbeit zu suchen, deutsch zu lernen und sich mit rechtlichen Gepflogenheiten Deutschlands vertraut zu machen, ist nichts bekannt. Die Medien berichten, dass es den Eltern in 17 Jahren nicht gelungen sei, den Lebensunterhalt für sich und die 13 Kinder sicherzustellen, Schul- oder Ausbildungsabschlüsse vorzuweisen oder auch nur die Kinder regelmäßig zur Schule zu schicken. Hinzu kamen jeweils Haftstrafen für die Väter wegen Körperverletzung, was das Verwaltungsgericht schlussendlich



Editha Lorberg, MdL – stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion

dazu veranlasste, der Abschiebung wegen „mangelnder Integrationsbereitschaft“ stattzugeben. Aus der für Anfang Februar angesetzten Abschiebung wurde allerdings (wieder einmal) nichts – die Großfamilien tauchten rechtzeitig ab und scheinen seither verschwunden.

Für die aktuelle Debatte ist der Fall allemal lehrreich. Die Geschichte und insbesondere ihr bisheriges, unrühmliches Ende dokumentieren, warum den Parolen von Willkommenskultur und uneingeschränkter Solidarität vielerorts zunehmend misstrauisch begegnet wird. Weil es die Gewissheit gibt, dass nicht alle Asylsuchenden mit den besten Qualifikationen und Absichten kommen. Und weil längst vorhandene Gesetze wirkungslos bleiben, wenn der Staat wie in Niedersachsen bei deren Anwendung versagt. Fördern und fordern sollte der Grundsatz aller Integrationsbemühungen sein – wer das aus den Augen verliert, riskiert, die Gesellschaft zu überfordern.

AKTUELL

POLIZEI AM LIMIT

Zu wenig Personal für zu viele Aufgaben – CDU fordert deutliches Stellenplus bei Niedersachsens Polizei

1,5 Millionen Überstunden im Jahr 2015, ein Krankenstand von mehr als acht Prozent und zahlreiche Zusatzaufgaben – Niedersachsens Polizei hat die Belastungsgrenze erreicht. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) warnt vor dem Notstand. Im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Wir brauchen Verstärkung“ soll jetzt auch in Niedersachsen mit Postern, Plakaten und Infoständen auf die Missstände bei der Polizei aufmerksam gemacht werden.

Fakt ist: Die Polizei war im vergangenen Jahr nahezu im Dauereinsatz – bei Demonstrationen, Razzien, Fußball-Spielen, im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Flüchtlingskrise und nicht zuletzt bei zahlreichen Einsätzen in anderen Bundesländern. Rund 470.000 Stunden leisteten Niedersachsens Polizei-Beamte 2015 jenseits der Landesgrenzen, viermal mehr als noch im Jahr 2014. Der Grund dafür ist die bundesweit dünne Personaldecke.

Zusätzliche Vollzeitkräfte dringend benötigt

Doch auch in Niedersachsen ist die Personalnot groß. Von offiziell 18.449 Kräften arbeiten nur 17.590 Beamte tatsächlich Vollzeit. Gegenüber der offiziellen Statistik fehlen damit ganze 1000 Stellen. Die GdP fordert deshalb dauerhaft erhöhte Einstellungszahlen. Eine Forderung, die die CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich unterstützt: Der CDU-Haushaltsentwurf 2016 sieht pro Jahr 250 zusätzliche Polizeianwärterstellen bis 2019 sowie 200 zusätzliche Vollzeitstellen für die Polizeiverwaltung vor. Dieser Haushaltsplan wurde jedoch von Rot-Grün in der Landtagsberatung kategorisch abgelehnt.

„Anstatt der Polizei in dieser schwierigen Situation zur Seite zu stehen, ist ihnen der Innenminister mit der Einrichtung einer anonymen Beschwerdestelle gegen Polizeibeamte – die faktisch nichts anderes als eine Misstrauensstelle ist – zusätzlich in den Rücken gefallen“, kritisiert die innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Angelika Jahns. „Die von Rot-Grün geplante Einführung einer Kennzeichnungspflicht sendet ein völlig falsches Signal.“ Die GdP hat bereits angekündigt, notfalls auch rechtlich gegen das rot-grüne Herzensprojekt vorgehen zu wollen.

Zahl der Wohnungseinbrüche dramatisch gestiegen

Die Auswirkungen der ständig steigenden Aufgabenfülle der Polizei zeigen sich in der kürzlich von Innenminister Pistorius vorgestellten



Angelika Jahns, MdL – innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion.



Die Zahl der Wohnungseinbrüche in Niedersachsen ist im vergangenen Jahr um 13,1 Prozent gestiegen – insgesamt 16.575 Mal wurde 2015 im Land eingebrochen.

Foto: dpa/Ulrich Baumgarten

Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2015. Die Zahl der Wohnungseinbrüche hat sich im vergangenen Jahr mit einem Anstieg von 13 Prozent dramatisch erhöht. Nur rund ein Viertel der Fälle konnte aufgeklärt werden. Jahns: „Der Innenminister hat jetzt schwarz auf weiß, wozu die hohe Belastung der Polizei führt: Während die Beamten immer mehr fremde Aufgaben übernehmen müssen, steigt die Einbruchskriminalität besorgniserregend an.“

Um diese Entwicklung zu bremsen, müsse der Innenminister endlich den vehementen Forderungen nach einer spürbaren personellen Aufstockung der Polizei nachgeben. „Niedersachsens Bürger müssen sich sicher fühlen – auf der Straße und in ihren Wohnungen“, fordert Jahns. Damit würde auch den Bürgerwehren, die sich zuletzt auch in einigen niedersächsischen Städten formiert hätten, der Wind aus den Segeln genommen. Jahns: „Für die Sicherheit in Niedersachsen ist die Polizei zuständig und niemand sonst. Die Landesregierung muss gewährleisten, dass die Beamten diese Aufgabe auch erfüllen können.“

AUS DEM PARLAMENT

SCHULSOZIALARBEITER DRINGEND GESUCHT

Um Flüchtlingskinder angemessen zu unterrichten, brauchen Niedersachsens Schulen weitere Sozialpädagogen – doch die Kultusministerin verzögert Neueinstellungen

Die Zahl der Flüchtlingskinder, die in Niedersachsens Schulen unterrichtet werden, steigt jeden Monat weiter an. Speziell diese Schüler brauchen besondere sozialpädagogische Unterstützung, um die Lerninhalte bewältigen und sich erfolgreich integrieren zu können. Damit das gelingt, ohne die übrigen Schüler zu vernachlässigen, müssen dringend mehr Schulsozialarbeiter eingestellt werden. Doch Kultusministerin Heiligenstadt schafft es nicht einmal, die im September 2015 durch den Landtag bewilligten Stellen zu besetzen – nach wie vor ist über die Hälfte der insgesamt zur Verfügung stehenden 267 Stellen noch nicht einmal ausgeschrieben.

Kultusministerin schafft es nicht, verfügbare Stellen zu besetzen

„In ihrer Haushaltsrede im vergangenen Dezember hat die Kultusministerin selbst betont, dass die Integration der Flüchtlingskinder nur gelingen kann, wenn sie eine sozialpädagogische Betreuung in der Schule erhalten. Dennoch läuft die Kultusministerin der Entwicklung mit ihrer schleppenden Personalpolitik weiter hinterher. Der Realität an den niedersächsischen Schulen wird sie nicht gerecht“, sagt der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried. Es sei nicht nachvollziehbar, warum nicht längst alle 267 Stellen besetzt seien. Ausgeschrieben wurden bisher lediglich 100 Stellen – und zwar nicht nach der Freigabe der Mittel im Herbst 2015, sondern erst Anfang Februar 2016.

Integration im Schnecken tempo

„Vier Monate lang hat die Kultusministerin die Einstellung neuer Schulsozialarbeiter verzögert. Dieser leichtfertige Umgang mit Mitteln, die ihr der Landtag zur Verfügung gestellt hat, ist nicht hinnehmbar“, sagt Seefried. Statt die dringend benötigten Stellen so schnell wie möglich auszuschreiben und zu besetzen, gebe es unter Rot-Grün lediglich Integration im Schnecken tempo, kritisiert Seefried. „Von der Ministerin gab es bislang keinerlei Auskunft, wann die restlichen 167 Stellen ausgeschrieben oder besetzt werden sollen, die bereits Anfang Januar zur Verfügung gestanden hätten.“ Unklar ist momentan auch, nach welchen Kriterien die Verteilung der bereits besetzten Stellen erfolgt ist. „Viele Schulen fragen sich jetzt zu Recht, warum sie keine Unterstützung bekommen. Der Bedarf ist überall groß“, betont Seefried.



Kai Seefried, MdL – schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion



Flüchtlinge brauchen besondere Unterstützung im Schulunterricht – ohne zusätzliche Schulsozialarbeiter ist das für viele Schulen nicht zu schaffen.

Foto: dpa

Vor allem in den kommenden Monaten, wenn die Registrierung der bereits in Niedersachsen angekommenen schulpflichtigen Flüchtlinge abgeschlossen ist, wird die Nachfrage der Schulen nach zusätzlicher Unterstützung weiter steigen. „Trotz aller Ankündigungen durch die Ministerin fehlt nach wie vor ein Gesamtkonzept zur Integration von Flüchtlingskindern und für die Versorgung der niedersächsischen Schulen mit genügend Schulsozialarbeitern“, sagt Seefried. Es reiche nicht, wenn die Kultusministerin immer wieder erkläre, dass bei der Stellenplanung „auf Sicht gefahren“ werde. Seefried: „Es ist höchste Zeit, dass die derzeit offenen Stellen endlich besetzt werden und die Ministerin erklärt, wie sie weitere Stellen besetzen will, die der Landtag bereits genehmigt hat und die jetzt benötigt werden.“

AKTUELL

WENN DER SCHULBUS NICHT MEHR KOMMT

Rot-Grün streicht Zuschüsse für die Schülerbeförderung im Öffentlichen Nahverkehr

Egal, ob es zur Schule, zum Ausbildungsbetrieb oder zum Sportverein geht: Tag für Tag nutzen tausende junge Menschen in Niedersachsen die Busse und Bahnen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Um die Verbindungen für Kinder und Jugendliche bezahlbar zu machen, bieten viele Verkehrsunternehmen seit Langem vergünstigte Konditionen für Schüler und Azubis an. Im Gegenzug erhalten sie vom Land eine vertraglich geregelte Kostenerstattung. So können auch Verbindungen angeboten werden, die sich sonst wirtschaftlich nicht lohnen würden.

Jetzt hat die rot-grüne Landesregierung erklärt, dass diese seit zehn Jahren bestehende Regelung einen Verstoß gegen europäische Förderrichtlinien darstelle und sie deshalb zum Jahresende aufgekündigt werde. Ein Konzept, wie die Schülerbeförderung ab 2017 geregelt werden soll, gibt es bisher nicht. Die CDU-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung deshalb auf, für Schüler, Verkehrsbetriebe und Kommunen umgehend Klarheit zu schaffen.

Ohne leistungsfähigen ÖPNV wird ländlicher Raum abgehängt

„In den letzten zehn Jahren hat es sich bewährt, dass das Land einen finanziellen Ausgleich leistet, damit sich alle Schüler und Auszubildende die Fahrt im öffentlichen Personennahverkehr leisten können“, sagt die CDU-Landtagsabgeordnete Gerda Hövel. Gerade Schüler und Auszubildende sind eine konstant große Kundengruppe und deshalb ein wichtiger Faktor bei der Fahrplangestaltung. Wenn Schüler wegen zu hoher Fahrpreise nicht mehr wie bisher den ÖPNV nutzen können, wird sich das langfristig für alle Fahrgäste negativ auswirken. „Momentan profitieren indirekt auch Berufspendler von der Kostenerstattung für den Schülerverkehr. Durch den guten Streckenplan mit einer engen Taktung sind sie nicht allein auf den Pkw angewiesen, sondern können eine preiswerte und umweltfreundliche Alternative nutzen“, betont Hövel.

Auch ältere Menschen im ländlichen Raum seien auf zuverlässige ÖPNV-Verbindungen angewiesen. „Auf dem Land wird sich eine schlechtere Anbindung an den ÖPNV besonders dramatisch auswirken. Wenn die Landesregierung nicht schnell handelt, drohen ganze Regionen abgehängt zu werden“, befürchtet Hövel. Rot-Grün stehe nun in der Verantwortung, die bisherige Qualität des ÖPNV in den Kommunen und insbesondere im ländlichen Raum auch nach der anstehenden Neuregelung des Schülerverkehrs zu erhalten.

Rot-Grün durch vorschnelles Handeln unter Zeitdruck

Durch das unnötige und überstürzte Aufkündigen der bisherigen Regelung habe sich die Landesregierung unter Zeitdruck gesetzt. „Rot-Grün muss jetzt dafür sorgen, dass eine gleichwertige Regelung zur Kostenerstattung bis zum Jahresende gefunden wird“, sagt Hövel. „Vor allem Schüler und Kommunen müssen wissen, ob die täglichen Schulfahrten auch in Zukunft noch bezahlbar sind.“ Auch für die Verkehrsbetriebe sei vollkommen unklar, welche Konditionen künftig im Schülerverkehr gelten. Dabei ist gerade die vielfältige, mittelständische Struktur der in der Schülerbeförderung tätigen Verkehrsunternehmen in Niedersachsen ein Garant für die gute Versorgung im ÖPNV. „Für die mittelständischen Verkehrsunternehmen sind die Aufträge in der Schülerbeförderung häufig existenziell wichtig. Um die Arbeitsplätze im ÖPNV zu sichern, muss Rot-Grün bei aller gebotener Eile unbedingt dafür sorgen, dass die derzeit gute Qualität der Verbindungen sichergestellt und eine Erhöhung der Fahrpreise, insbesondere für Schüler, verhindert werden.“



Gerda Hövel, MdB – Abgeordnete der CDU-Landtagsfraktion

TERMINE

29. Februar

CDU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Norddeutschen Länder in Schwerin

8. – 11. März

Plenum des Niedersächsischen Landtags

IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:

Jens Nacke MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:

Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Philip Ossenkopp
Telefon (05 11) 3030-4119

bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook

<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>